

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

### **1. Gesetzentwurf der Staatsregierung**

Drs. 16/10800, 16/11876

zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2011/2012  
(Nachtragshaushaltsgesetz 2012 - NHG 2012)

### **2. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Manfred Pointner u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 16/11616, 16/11876

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2011/2012 (Nachtragshaushaltsgesetz - NHG 2012)  
(Drs. 16/10800)  
hier: zusätzliche Stellen im Nachtragshaushalt 2012

### **3. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Manfred Pointner u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 16/11617, 16/11876

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2011/2012 (Nachtragshaushaltsgesetz - NHG 2012)  
(Drs. 16/10800)  
hier: Nettotilgung

### **4. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 16/11618, 16/11876

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2011/2012 (Nachtragshaushaltsgesetz - NHG 2012)  
(Drs. 16/10800)  
hier: Rücknahme der Verlängerung der Wiederbesetzungssperre

### **5. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 16/11619, 16/11876

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2011/2012 (Nachtragshaushaltsgesetz - NHG 2012)  
(Drs. 16/10800)  
hier: Wegfall des Stelleneinzugs nach Art. 6b HG

### **6. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 16/11620, 16/11876

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2011/2012 (Nachtragshaushaltsgesetz - NHG 2012)  
(Drs. 16/10800)  
hier: Rücknahme der Sparmaßnahmen im Personalbereich

7. **Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazzolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)**
- Drs. 16/11621, 16/11876
- zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2011/2012 (Nachtragshaushaltsgesetz 2012 - NHG 2012) (Drs. 16/10800)  
hier: Änderung des Bayerischen Hochschulgesetzes

8. **Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Markus Rinderspacher, Stefan Schuster u.a. SPD**
- Drs. 16/11622, 16/11876

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2011/2012 (Nachtragshaushaltsgesetz 2012 - NHG 2012) (Drs. 16/10800)

9. **Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
- Drs. 16/11623, 16/11876

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2011/2012 (Nachtragshaushaltsgesetz - NHG 2012) (Drs. 16/10800)

#### I. **Beschlussempfehlung:**

Zustimmung mit der Maßgabe, dass in § 1 folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Nr. 1 wird wie folgt geändert:
 

In Buchst. a wird die Zahl „44 298 093 000 €“ durch die Zahl „44 259 550 200 €“ ersetzt.
2. Es wird folgende Nr. 2 eingefügt:
 

„2. In Art. 2 wird folgender Abs. 3a eingefügt:  
,(3a) Die Ermächtigung nach Abs. 3 Satz 1 Halbsatz 1 vermindert sich im Jahr 2012 um 1 000 000 000 € (Nettotilgung).’ “

3. Die bisherige Nr. 2 wird Nr. 3 und Buchst. c wie folgt geändert:
  - a) Die Zahl „18“ wird durch die Zahl „19“ ersetzt.
  - b) Der angefügte Abs. 15 wird wie folgt geändert:
    - aa) Der Einleitungssatz erhält folgende Fassung:  
,,(15) Im Stellenplan werden im Einzelplan 04 (Geschäftsbereich des Staatsministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz)“
    - bb) Es wird folgende Nr. 1 eingefügt:  
,,1. im Kapitel 04 04 (Gerichte und Staatsanwaltschaften) bei Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte)) folgende Planstellen neu ausgebracht:
      - a) Zehn Planstellen der BesGr A 4 (Justizoberwachtmeister, Justizoberwachtmeisterin), 40 Planstellen der BesGr A 5 (Justizhauptwachtmeister, Justizhauptwachtmeisterin) und 20 Planstellen der BesGr A 6 (Justizsicherheitssekretär, Justizsicherheitssekretärin); die Planstellen sind abweichend von Art. 6 Abs. 2 Satz 1 zum 1. Juni 2012 besetzbar,
      - b) 40 Planstellen der BesGr A 6 (Justizsicherheitssekretär, Justizsicherheitssekretärin); die Planstellen sind abweichend von Art. 6 Abs. 2 Satz 1 zum 1. März 2013 besetzbar,
      - c) 30 Planstellen der BesGr A 7 (Justizsicherheitsobersekretär, Justizsicherheitsobersekretärin); die Planstellen sind abweichend von Art. 6 Abs. 2 Satz 1 zum 1. März 2014 besetzbar;“
    - cc) Die bisherige Nr. 1 wird Nr. 2 und wie folgt geändert:  
Vor den Worten „bei Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)“ werden die Worte „im Kapitel 04 05 (Justizvollzugsanstalten)“ eingefügt.
    - dd) Die bisherige Nr. 2 wird Nr. 3 und wie folgt geändert:  
Vor den Worten „bei Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)“ werden die Worte „im Kapitel 04 05 (Justizvollzugsanstalten)“ eingefügt.

- c) Es wird folgender neue Absatz 19 eingefügt:
- „(19) <sup>1</sup>Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, aus den im Kap. 15 90 Tit. 633 75 veranschlagten Mitteln zur Übernahme des vorhandenen Personals (Plan-)Stellen zur Angliederung der Staats- und Stadtbibliothek Augsburg als regionale staatliche Bibliothek an die Bayerische Staatsbibliothek zu schaffen. <sup>2</sup>Eine darüber hinausgehende Ausweitung des Stellenbestandes ist hierdurch nicht möglich.“
4. Die bisherige Nr. 3 wird Nr. 4 und Buchst. b wie folgt geändert:
- a) Im Einleitungssatz wird die Zahl „15“ durch die Zahl „17“ ersetzt.
- b) Im angefügten Abs. 12 werden die Auslassungspunkte durch das Datum „31. Dezember 2024“ ersetzt.
- c) Es werden folgende Abs. 16 und 17 angefügt:
- „(16) Das Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst wird ermächtigt, der Fraunhofer-Gesellschaft zur Förderung der angewandten Forschung e. V. ein unentgeltliches Erbbaurecht von bis zu 3 500 m<sup>2</sup> an einer Teilfläche des staatseigenen Grundstücks Flst. Nr. 1946/595 der Gemarkung Erlangen für die Errichtung von Forschungsgebäuden einzuräumen.
- (17) <sup>1</sup>Das Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie wird ermächtigt, im Rahmen der Ausschreibung von Verkehrsleistungen im Schienenpersonennahverkehr für das Projekt „Ringzug West/NBS“ die Abgabe einer Garantierklärung bis zu einem Betrag in Höhe von 200 Mio. € anzubieten, mit der es für die ordnungsgemäße Leistung der Leasingraten durch das Eisenbahnverkehrsunternehmen gegenüber dem Finanzierer der Schienenfahrzeuge einsteht (Kapitaldienstgarantie). <sup>2</sup>Die Laufzeit der Garantie darf maximal 24 Jahre betragen. <sup>3</sup>Damit verbunden ist die Verpflichtung, den Wiedereinsatz der Schienenfahrzeuge während der Amortisationszeit von 24 Jahren zu garantieren (Wiedereinsatzgarantie).“
5. Die bisherige Nr. 4 wird Nr. 5.
6. Es wird folgende Nr. 6 eingefügt:
- „6. Art. 12 wird folgender Satz 4 angefügt:  
P. <sup>4</sup>Im Jahr 2012 werden dem Sondervermögen Versorgungsfonds des Freistaates Bayern 100 Mio. € abzüglich der nach Art. 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 BayVersRücklG dem Sondervermögen Versorgungsrücklage des Freistaates Bayern für 2012 zu leistenden Zuführungen als Sonderzuführung zugeführt.“
7. Die bisherige Nr. 5 wird Nr. 7 und wie folgt geändert:
- a) Es wird folgender Buchst. a eingefügt:
- „a) In Nr. 3.1.3 werden nach den Worten ‚bis A16 (Art. 19 bis 21 und 24 BayHSchPG)‘ die Worte ‚sowie vergleichbare Arbeitnehmer‘ eingefügt.“
- b) Die bisherigen Buchst. a bis c werden Buchst. b bis d.
8. Die Ansätze in der Anlage zu Art. 1 des Haushaltsgesetzes werden wie folgt geändert und bis zur Freigabe durch den Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen gesperrt:
- Einzelplan 06 - Staatsministerium der Finanzen
- a) Die Ausgabeansätze sowie die Schlusssumme des Einzelplans 06 werden um folgende Beträge erhöht:

Haushaltsansatz	Haushaltsstellen	2012 Tsd. €
Gesamtausgaben bisher lt. Entwurf des Nachtragshaushalts incl. Nachschubliste vom 7. Februar 2012		1.837.514,8
Mieten und Pachten für Grundstücke und Räume	06 05/518 01	+ 650,0
Umzugs- und Verlegungskosten von Dienststellen	06 05/532 11	+ 5.000,0
Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	06 05/519 99	+ 5.000,0
Gesamtausgaben neu		1.848.164,8

- b) Die Verpflichtungsermächtigungen des Einzelplans 06 werden um folgenden Betrag erhöht:

Verpflichtungsermächtigung	Haushaltsstelle	2012 Tsd. €
gesamte Verpflichtungsermächtigungen bisher lt. Entwurf des Nachtrags Haushalts incl. Nachschubliste vom 7. Februar 2012		56.730,0
Mieten und Pachten für Grundstücke und Räume <i>Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung werden frühestens fällig in den Haushaltsjahren:</i> 2013 7.800,0 Tsd. € 2014 7.800,0 Tsd. € 2015 7.800,0 Tsd. € in den Jahren 2016 ff. 53.950,0 Tsd. €	06 05/ 518 01	+ 77.350,0
gesamte Verpflichtungsermächtigungen neu		134.080,0

Berichterstatter zu 1: **Alexander Radwan**  
 Berichterstatter zu 2 – 7: **Markus Reichhart**  
 Berichterstatter zu 8: **Volkmar Halbleib**  
 Berichterstatter zu 9: **Eike Hallitzky**  
 Mitberichterstatter zu 1: **Volkmar Halbleib**  
 Mitberichterstatter zu 2 – 9: **Alexander Radwan**

## II. Bericht:

- Der Gesetzentwurf wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz hat den Gesetzentwurf endberaten.
- Der federführende Ausschuss hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge Drs. 16/11616, Drs. 16/11617, Drs. 16/11618, Drs. 16/11619, Drs. 16/11620, Drs. 16/11621, Drs. 16/11622 und Drs. 16/11623 in seiner 159. Sitzung am 8. März 2012 beraten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung  
 SPD: Ablehnung  
 FREIE WÄHLER: Ablehnung  
 B90/GRÜ: Ablehnung  
 FDP: Zustimmung

mit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 16/11618, 16/11619, 16/11620 und 16/11623 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung  
 SPD: Zustimmung  
 FREIE WÄHLER: Zustimmung  
 B90/GRÜ: Zustimmung  
 FDP: Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 16/11621 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung  
 SPD: Enthaltung  
 FREIE WÄHLER: Zustimmung  
 B90/GRÜ: Zustimmung  
 FDP: Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 16/11622 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung  
 SPD: Zustimmung  
 FREIE WÄHLER: Enthaltung  
 B90/GRÜ: Enthaltung  
 FDP: Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 16/11616 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung

SPD: Enthaltung

FREIE WÄHLER: Zustimmung

B90/GRÜ: Enthaltung

FDP: Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

Der Änderungsantrag Drs. 16/11617 wurde für erledigt erklärt.

3. Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge Drs. 16/11616, Drs. 16/11617, Drs. 16/11618, Drs. 16/11619, Drs. 16/11620, Drs. 16/11621, Drs. 16/11622 und Drs. 16/11623 in seiner 72. Sitzung am 15. März 2012 endberaten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung

SPD: Ablehnung

FREIE WÄHLER: Ablehnung

B90/GRÜ: Ablehnung

FDP: Zustimmung

der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 16/11618, 16/11619, 16/11620 und 16/11623 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung

SPD: Zustimmung

FREIE WÄHLER: Zustimmung

B90/GRÜ: Zustimmung

FDP: Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 16/11621 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung

SPD: Enthaltung

FREIE WÄHLER: Zustimmung

B90/GRÜ: Zustimmung

FDP: Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 16/11616 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung

SPD: Enthaltung

FREIE WÄHLER: Zustimmung

B90/GRÜ: Enthaltung

FDP: Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 16/11622 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung

SPD: Zustimmung

FREIE WÄHLER: Enthaltung

B90/GRÜ: Enthaltung

FDP: Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

Der Änderungsantrag Drs. 16/11617 wurde für erledigt erklärt.

**Georg Winter**  
Vorsitzender